

Mittelstand und Wirtschaft

1. Die europäische Union sterbt eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2050, die Bundesgesetzgebung sieht das Jahr 2045 vor. Rheinland-Pfalz hat in seiner Klimagesetzgebung das Zieljahr 2040 verankert. Halten Sie an diesem Ziel fest? Wenn ja, wie wollen Sie es in 14 Jahren erreichen und dabei die wirtschaftliche Basis des Landes erhalten. Wenn nicht, wie wollen Sie trotzdem zum Ziel kommen?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Als CDU Rheinland-Pfalz lehnen wir die im ideologischen Landesklimaschutzgesetz der Ampelregierung festgelegten Ziele ab. Das neue Gesetz bedeutet eine erhebliche Belastung für die Wirtschaft und gefährdet tausende Arbeitsplätze. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 basiert zudem auf überholten Annahmen – etwa einer überschätzten CO ₂ -Bindung durch Wälder – und bringt keinen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz, sondern führt zu Abwanderung oder gar Schließung von Betrieben aus Rheinland-Pfalz. Einer solche Gefährdung der heimischen Wirtschaft und des Industriestandorts mit seinen energieintensiven Branchen treten wir entschieden entgegen. Ökologie und Ökonomie dürfen nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden. Die Änderungen des Landesklimaschutzgesetzes werden wir daher	Die SPD Rheinland-Pfalz setzt auf eine Kombination aus dem Ausbau erneuerbarer Energien, einer transparenten Bürgerbeteiligung, effektivem Wald- und Naturschutz, wirtschaftlicher Transformation und moderner Infrastruktur, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Wir erachten dabei den Bürokratieabbau als ein wichtiges Instrument zur Zielerreichung. Unser Fokus liegt darauf, dass Klimaschutz sozial gerecht und wirtschaftlich sinnvoll gestaltet wird. Klimaschutzpolitik muss eine Balance zwischen Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Sozialverträglichkeit finden.	Rheinland-Pfalz hält im novellierten Landesklimaschutzgesetz verbindlich am Ziel der Klimaneutralität bis 2040 fest und unterlegt dieses mit klaren Reduktionspfaden und regelmäßiger Berichterstattung. Zugleich verpflichtet sich das Land, die Landesverwaltung bis 2030 bilanziell treibhausgasneutral zu organisieren und setzt dafür konkrete Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Gebäude und Mobilität um. Seit 2022 werden die Emissionen der Landesverwaltung jährlich bilanziert und systematisch reduziert. Die Umstellung der Dienstwagenflotten, der Ausbau von Car Sharing, die Nutzung des Deutschlandtickets, energetische Sanierungen sowie der Ausbau erneuerbarer Energien auf Landesliegenschaften zeigen, dass Klimaneutralität praktisch erreichbar ist. Auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien hat Rheinland-Pfalz erhebliche Fortschritte erzielt. In den Jahren 2023 und 2024 wurden jeweils deutlich mehr als 1.000 Megawatt Wind- und Photovoltaikleistung zugebaut, 2025	Auf der Landesebene ist das Klimaschutzgesetz hinsichtlich der Kompatibilität der Planungs- und Umsetzungshorizonte mit denen des Bundes und der EU (Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2050) zu überarbeiten. Insbesondere muss die Überprüfung der Klimaziele bereits in der kommenden Wahlperiode erfolgen. Weiterhin muss in diesem Gesetz dafür Sorge getragen werden, dass keine unmittelbaren wie mittelbaren Rechtsrisiken oder Standortnachteile für die rheinland-pfälzischen Unternehmen sowie den Standort als solchen – insbesondere nicht auf dem Weg über Klagen gegenüber dem Land und daraus entstehenden möglichen Rechtsfolgen – entstehen. Ebenso sind die verwaltungsinternen Bürokratie- und Berichtslasten drastisch zu reduzieren.

zurücknehmen und uns wieder an den Zielen des Bundes orientieren.

Um wirksamen, nachhaltigen und wirtschaftlich verträglichen Klimaschutz zu gewährleisten, setzt die CDU auf einen pragmatischen, technologieoffenen Ansatz: Der Fokus liegt auf der Sicherung bezahlbarer Energie für Wirtschaft und Privathaushalte durch einen breiten Energiemix. Klimaneutralität gelingt nur, wenn alle Wege genutzt werden: erneuerbare Energien, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Kreislaufwirtschaft und CO₂-Speicherung.

lag der Nettozubau erneut nahe an dieser Marke. Gleichzeitig wurden Genehmigungen für Windenergieanlagen massiv beschleunigt und auf ein historisch hohes Niveau gesteigert.

Wir GRÜNE halten ausdrücklich am Ziel der Klimaneutralität 2040 fest. Wir wollen die Stromversorgung bereits bis 2030 bilanziell vollständig aus erneuerbaren Quellen decken und damit die Grundlage für die Elektrifizierung von Wärme, Verkehr und Industrie schaffen. Dafür werden wir Netzausbau und Speicher koordinieren sowie die kommunale Wärmeplanung, klimafreundliche Wärmenetze, Energieeffizienz und sozial gerechte Gebäudesanierung konsequent voranbringen.

Wir GRÜNE sichern die wirtschaftliche Basis des Landes, indem wir Klimaschutz als Innovations- und Investitionsmotor begreifen. Der Ausbau von Windenergie, Photovoltaik, Speichern und grünem Wasserstoff stärkt regionale Wertschöpfung, schafft Arbeitsplätze und erhöht die Versorgungssicherheit. Wir unterstützen gezielt Transformationsprojekte der Industrie und begleiten Mittelstand und Handwerk mit Beratung, Förderinstrumenten und einem Klimacheck auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Unser Schlüssel zur Unterstützung insbesondere von KMUs auf dem Weg in Richtung klimaneutraler Wirtschaft ist der RLP-Zukunftsfonds. Unser Konzept sieht

		einen durch die Neuverschuldungsmöglichkeiten des Landes teilfinanzierten Fonds, der gezielt klimaneutrale Technologien und Innovationen bei KMUs fördern und dabei privates Kapital für Investitionen hebeln soll. Damit schließen wir eine Lücke zwischen der Technologie- und Innovationsförderung des Bundes vor allem für Großindustrie und der Mittelverteilung des Sondervermögens vor allem für Kommunen. Unser Ziel als GRÜNE ist klar: der Weg in Richtung klimaneutrales Rheinland-Pfalz geht nur mit den vielen Unternehmen im Land – Investitionen in Innovation sind dabei entscheidend.	
--	--	---	--

2. Vor allem mittelständische Betriebe werden überproportional durch Bürokratie belastet. Wie möchte ihre Partei die Unternehmen entlasten? Durch unsere Mitgliedsstruktur bitten wir insbesondere um Antworten für den Bereich Handel und Logistik.

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Die CDU Rheinland-Pfalz steht für einen konsequenten Bürokratieabbau, der den Alltag unserer Betriebe – insbesondere des Mittelstands – spürbar entlastet. Wir setzen dabei auf ein Vier-Säulen-Modell: Erstens soll unnötige Bürokratie bereits in der Gesetzgebung vermieden werden. Zweitens sollen klare Anreize für eine unternehmens- und bürgerfreundliche Anwendung von Ermessensspielräumen und ein echter Kulturwandel in der Verwaltung geschaffen werden. Drittens sollen belastende Regelungen von Tag eins an systematisch überprüft und abgeschafft werden und viertens sollen vollständig digitale und medienbruchfreie Abläufe zum Standard werden. Genehmigungspflichten werden wir, wo möglich, durch Anzeigepflichten ersetzen. Für Behörden führen wir klare Verfahrensfristen ein – bei Nichteinhaltung gilt der Antrag automatisch als genehmigt (Genehmigungsfiktion). Ein Bürokratiemeldeportal ermöglicht es Unternehmen wie Bürgern, bürokratische Lasten und Hürden direkt zu melden. Diese Hinweise werden daraufhin systematisch ausgewertet und in konkrete Vereinfachungsschritte überführt. Für neue	Die SPD-geführte Landesregierung hat bereits zwei Bürokratieabbau-Pakete verabschiedet, deren Maßnahmen mit Blick auf den Mittelstand ausgearbeitet wurden und schon jetzt Wirkung zeigen. Hierzu zählen unter anderem die Erleichterung des Förderantragswesens durch Mustervorlagen, die Reduzierung von Berichtspflichten und Statistiken, mehr Spielraum bei der Vergabe im Unterschwellenbereich, digitalisierte Verwaltungsleistungen sowie schnellere Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte. Die genannten Punkte sind nur ein Teil der insgesamt 57 Maßnahmen. Der Bürokratieabbau wird von uns als ein durchgängiges Modernisierungsprojekt verstanden, nicht als Einzelmaßnahme. Die beiden Bürokratieabbau-Pakete wollen wir auch in der neuen Legislaturperiode weiter vorantreiben. Ferner sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren an noch weiteren Stellen beschleunigt werden, die Verwaltung insgesamt digitaler und effizienter werden und Unternehmen stärker entlastet werden. Zudem planen wir einen leichteren Zugang zu	Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir wollen die kleinen und mittelständischen Betriebe von unnötiger Bürokratie entlasten, ohne dabei Umwelt-, Sozial-, und Verbraucherschutzstandards abzusenken. Ein Instrument dafür sind Praxis-Checks, bei denen sollen neue und bestehende Gesetze und Regelungen gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden und Verwaltung auf Ihre Umsetzbarkeit geprüft werden. Wir setzen auf verständliche Vorgaben, verlässliche Fristen und digitale Verfahren. Für Handel und Logistik wollen wir Genehmigungs-, Melde- und Berichtspflichten vereinfachen. Ergänzend fördern wir Beratungsangebote, damit Betriebe frühzeitig und verlässlich bei Transformation unterstützt werden. Wo Genehmigungen bei Kommunen anfallen, wollen wir diese effizient auf einer Ebene bündeln, wie zum Beispiel bei Transportgenehmigungen für Schwerlasttransporte, die wir von den Landkreisen auf Ebene der Struktur- und Genehmigungsdirektionen hochzonen wollen.	Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Berichtspflichten für KMU, insbesondere dann, wenn die Unternehmen von Unternehmerinnen und Unternehmern geführt werden, welche einen „Großen Befähigungsnachweis“ (Meisterbrief) besitzen, reduziert werden. Gerade diese Personen haben ihre Qualifikation und Verlässlichkeit bereits unter Beweis gestellt. Insbesondere im Hinblick auf die Wettbewerbssituation kleinerer Gewerbebetriebe wollen wir die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen überprüfen und die Gemeindeordnung entsprechend überarbeiten. Bei der Novellierung von Landesgesetzen (zum Beispiel Weiterbildungsgesetz, Tariftreuegesetz) oder auch neuen Gesetzesvorhaben wird sichergestellt, dass es zu keinen direkten oder indirekten Lasten (zum Beispiel finanzieller oder bürokratischer Art) für die Unternehmen oder zu Standortnachteilen im Ländervergleich kommt. Wir werden über den Bundesrat eine Initiative starten, um die Anpassung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeitragsmeldungen an die Fälligkeit der Lohnsteuer, das heißt bis zum 10. des

Gesetze werden wir ein „Ablaufdatum“ testen, damit Vorschriften regelmäßig überprüft und nur bei nachweisbarer Wirkung verlängert werden. Auf das sogenannte „Goldplating“, also die Übererfüllung von EU- und Bundesvorgaben, werden wir in Zukunft gänzlich verzichten – mit uns wird es keine rheinland-pfälzischen Sonderwege geben. So sorgen wir für Verschlankung, Digitalisierung sowie Beschleunigung von Verfahren und einen Bürokratieabbau, der bei unseren Unternehmen ankommt.	Förderprogrammen und eine „One-Stop-Agency“ für Unternehmensansiedlungen.		Folgemonats, zu erreichen oder alternativ die Wiedereinführung der bis 2005 geltenden Regelung bis zum 15. des Folgemonats umzusetzen. Dies gibt den Unternehmen mehr Liquidität und entlastet insbesondere KMU von Bürokratie.
---	--	--	--

Mobilität

3. Autoland Rheinland-Pfalz und der Verbrennungsmotor: Sollten aus Ihrer Sicht Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren (Autos, LKW, Motorräder) weiterhin zugelassen werden können? Welchen Stellenwert hat diese Technologie für ihre Partei?			
CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Aus Sicht der CDU Rheinland-Pfalz gilt es, der Automobil- und Zuliefererindustrie als Schlüsselbranche weiterhin zukunfts-fähige Rahmenbedingungen zu bieten. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Bundesregierung zur Durchsetzung der Technologieoffenheit auf europäischer Ebene, um auch nach 2035 noch Zulassungen für hocheffiziente Verbrenner zu ermöglichen.	Rheinland-Pfalz ist ein starker Wirtschaftsstandort der Pharma- und Chemieindustrie, zudem sind hier international tätige Autozulieferfirmen sowie zahlreiche Hidden Champions angesiedelt. Da Rheinland-Pfalz ein Flächenland ist, bekennen wir uns zur Mobilität mit dem Auto - auch in Zukunft. Elektromobilität ist dabei die zentrale Zukunftstechnologie. Gleichzeitig bedarf es alternativer klimafreundlicher Antriebskonzepte, klimafreundlicher Kraftstoffe und ergänzender Übergangstechnologien wie hocheffiziente Verbrenner, Plug-in-Hybride und Elektrofahrzeuge mit Range Extender, um Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie zu erhalten und Mobilität, Klimaschutz und Beschäftigung zusammenzudenken. So sichern wir die Akzeptanz der Mobilitätswende und sichern die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.	Für uns GRÜNE ist klar: Die Zukunft der Mobilität ist klimaneutral. Fahrzeuge mit fossilen Verbrennungsmotoren verursachen erhebliche CO2-Emissionen und stehen im Widerspruch zu unseren Klimazielen. Deshalb braucht es einen zielgerichteten Hochlauf der Elektromobilität und klare Leitplanken für den Abschied vom Verbrennungsmotor. Gleichzeitig gilt für uns: Der Wandel muss planbar, sozial gerecht und wirtschaftlich gestaltet werden. Bestehende Fahrzeuge werden selbstverständlich weiter genutzt werden können und Übergangsfristen sind notwendig, um Menschen sowie Unternehmen mitzunehmen. Für Neuzulassungen setzen wir jedoch eindeutig auf emissionsfreie Antriebe. Der Verbrennungsmotor hat für uns keine Zukunftstechnologie-Perspektive mehr, sondern ist ein auslaufende Übergangstechnologie. Dass dieser Weg richtig ist, zeigen die aktuellen Verkaufszahlen. E-Autos gewinnen kontinuierlich Marktanteile, sowohl bei Pkw als auch bei Nutzfahrzeugen. Für	Die Technologie des Verbrennungsmotors wird auch noch über längere Zeit Teil des Portfolios der Antriebe in der Fahrzeugindustrie und hier insbesondere bei den Nutzfahrzeugen sowie den Land-, Bau- und Arbeitsmaschinen sein. Einerseits gibt es Regionen auf der Welt, welche in absehbarer Zeit nicht die infrastrukturellen Voraussetzungen für batterieelektrische Antriebe schaffen können, und zum zweiten gibt es insbesondere in der Nutzfahrzeugindustrie – in der erweiterten Definition (s. o.) – eine Vielzahl von Anwendungsszenarien, welche nicht durch batterieelektrische Systeme abgedeckt werden können. Hinzu kommt, dass es beim Verbrennungsmotor nicht auf dessen Technologie ankommt, sondern auf das, was dort verbrannt wird. Eine Nutzung dieser Technologie ist daher z. B. mit Wasserstoff, HVO etc. möglich.

		Planungssicherheit und Stärkung des Absatzmarkts für E-Mobilität unterstützen wir darum weiterhin das Ziel, ab 2035 keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen.	
--	--	---	--

4. Synthetische grünstrombasierte Flüssigkraftstoffe (E-Fuels) haben eine hohe Energiespeicherdichte, können international gehandelt und über bestehende Tankinfrastrukturen genutzt werden. Werden Sie den Einsatz solcher Kraftstoffe politisch unterstützen und damit das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehr unterstützen?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Synthetische, grünstrombasierte Kraftstoffe – sogenannte E-Fuels – können aus Sicht der CDU Rheinland-Pfalz einen wichtigen Baustein zum Klimaschutz im Verkehrssektor darstellen. Entscheidend ist, dass wir die Klimaziele erreichen, ohne uns einseitig auf eine einzige Antriebstechnologie festzulegen. E-Fuels bieten dabei mehrere Vorteile: Sie sind speicher- und transportfähig, weltweit handelbar und können in der bestehenden Infrastruktur sowie in der Bestandsflotte genutzt werden. Gerade für Bereiche wie den Luft- und Schiffsverkehr sowie für Teile des Schwerlastverkehrs sehen wir hier großes Potenzial. Auch für den Fahrzeugbestand können klimaneutrale Kraftstoffe perspektivisch einen Beitrag leisten, um CO₂-Emissionen zu reduzieren. Wir setzen auf einen Instrumentenmix aus Elektromobilität, Wasserstoff, synthetischen Kraftstoffen und weiteren Innovationen.	Aus unserer Sicht ist Elektromobilität die zentrale Zukunftstechnologie. Wir unterstützen jedoch die Nutzung von E-Fuels sowie anderer klimafreundlicher Kraftstoffe bei Anwendungen, für welche die Elektromobilität nicht oder noch nicht geeignet ist, z.B. bei der Luft- und Schifffahrt.	Synthetische E-Fuels sind nur rechnerisch klimaneutral und aufgrund hoher Umwandlungsverluste ineffizient, teuer und auf absehbare Zeit knapp verfügbar. Für den Straßenverkehr setzen wir daher auf direkte Elektrifizierung und den Ausbau von Bus, Bahn und Radverkehr als wirksamste und kosteneffizienteste Klimaschutzmaßnahme. E-Fuels sehen wir allenfalls dort als sinnvoll an, wo es derzeit keine Alternativen gibt, etwa im Flugsektor. Nicht jedoch als Lösung für den Straßenverkehr.	Ja, denn diesen Kraftstoffen kommt insbesondere in Teilbereichen der schweren Nutzfahrzeuge sowie in den Land-, Bau- und Arbeitsmaschinen eine besondere Relevanz zu, da hier die Anwendungsszenarien bzw. Geschäftsmodelle technisch und/oder wirtschaftlich nicht mit batterieelektrischen Systemen abgebildet werden können.

5. Der neue Dieselkraftstoff HVO 100 bildet einen klimaschonenden, erneuerbaren Kraftstoff. Unterstützen Sie die Forderung, dass in sämtlichen kommunalen Betrieben der Einsatz von HVO 100 zur Ersetzung fossilen Diesels vorgesehen werden sollte?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Für eine kurzfristige Dekarbonisierung und als Brückentechnologie kann der neue Dieselkraftstoff HVO 100 durchaus in kommunalen Betrieben eingesetzt werden. Auch hier gilt der Grundsatz der CDU: Technologieoffenheit und Entscheidungen nach Maß. Wo es sinnvoll ist, befürworten wir den Einsatz. Den pauschalen Einsatz wollen wir unseren Kommunen aber nicht vorschreiben. Wir haben Vertrauen in die Fachleute und in die Kommunen vor Ort	Wir unterstützen die Nutzung klimafreundlicher Kraftstoffe. Ebenso sehen wir in der Kreislaufwirtschaft große Potentiale. Sofern HVO 100 aus ölhaltigen Abfallprodukten stammt und somit nicht in Flächenkonkurrenz mit Futter- und Lebensmitteln steht, ist seine Nutzung im Hinblick auf mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf Anbauflächen begrüßenswert. Es muss zudem sichergestellt werden, dass die Produktion von HVO100 zu 100% aus Abfallprodukten stammt und keine Beimischungen aus Palm— oder Sojaöl aus dem außereuropäischen Ausland enthält, für das klimawirksame Wälder gerodet wurden. Gleichwohl werden wir mit Hinblick auf das Recht auf kommunale Selbstverwaltung den Kommunen diesbezüglich nicht vorschreiben, welche Kraftstoffe, sie in ihren Betrieben ersetzen sollen.	Wo immer möglich, setzen wir auf E-Mobilität etwa bei Bussen, Nutzfahrzeugen und Fuhrparks. Elektrische Antriebe sind deutlich effizienter, emissionsfrei und kostengünstiger. Das zeigt auch der erfolgreiche Ausbau von E-Bussen in Rheinland-Pfalz, die Klima und Luftqualität schützen und zugleich den Fahrkomfort erhöhen. HVO 100 kann eine Übergangslösung sein, dort wo Elektrifizierung noch nicht möglich sind. Unser Anspruch bleibt aber: Keine Investitionen in fossile Strukturen, sondern ein klarer Fahrplan zur Elektrifizierung. Kommunale Betriebe sollen Vorreiter der Mobilitätswende sein. Mit klarer Priorität auf Strom aus Erneuerbaren statt auf Verbrennungsmotoren mit Alternativkraftstoffen.	Die FDP präferiert eine Steuerung über Angebot und Nachfrage bzw. den sich daraus bildenden Preis als entsprechendes Instrument der Steuerung. HVO 100 sollte daher dort eingesetzt werden, wo der höchste Nutzen erzeugt wird und wo daher die Nachfrage am größten ist und die Kunden bereit sind, entsprechende Preise zu zahlen.

Wärmemarkt

6. Momentan wird auf Bundesebene eine Reform des Gebäudeenergiegesetzes angestrebt. Wie bewerten Sie mögliche Änderungen und welche Elemente bilden für Ihre Partei die wesentlichen Bausteine der Wärmeversorgung? Welche Auffassung vertreten Sie dabei zu kommunalen Anschluss- und Benutzungszwängen an die Fernwärme im Bereich der Wohnraumbeheizung?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Die öffentliche wie private Wärmeplanung soll technologieoffen und ohne Anschlusszwänge erfolgen. Wir wollen die unterschiedlichen Möglichkeiten in unseren vielfältigen Regionen in Rheinland-Pfalz auch bei der kommunalen Wärmeplanung nutzen – bspw. durch den Einsatz von Geothermie im Rheingraben oder Biogasanlagen in der Eifel. Fern- und Nahwärmenetze sind ebenfalls ein wichtiger Teil unseres Wärmemixes – pauschale Anschlusszwänge halten wir jedoch nicht für zielführend.	Aus Sicht der SPD Rheinland-Pfalz ist die Reform des Gebäudeenergiegesetzes ein zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende. Der Gebäudesektor verursacht rund ein Viertel aller CO₂-Emissionen und bietet zugleich großes Potenzial, Klimaschutz mit wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit und sozialer Sicherheit zu verbinden. Mögliche Änderungen am GEG müssen daher technologieoffen, sozial ausgewogen und klar auf Klimaneutralität ausgerichtet sein. Entscheidend ist, dass die Menschen Planungssicherheit erhalten und nicht überfordert werden. Für uns bilden folgende Elemente die wesentlichen Bausteine einer zukunftsfähigen Wärmeversorgung: Erstens die konsequente kommunale Wärme- und Energieplanung, die lokale Potenziale nutzt und erneuerbare Energien systematisch einbindet. Zweitens die	In Rheinland-Pfalz schaffen wir bereits heute mit dem novellierten Landesklimaschutzgesetz und flankierenden Maßnahmen eine verbindliche Grundlage für die Reduktion von Treibhausgasemissionen und die Transformation unseres Energiesystems hin zu einer klimaneutralen Energie- und Wärmeversorgung bis spätestens 2040. Dazu gehört die Förderung erneuerbarer Energien, der Ausbau von Energieeffizienz und die stärkere Nutzung von Sektorenkopplung, insbesondere im Wärme- und Gebäudesektor. Die kommunale Wärmeplanung ist ein zentrales Instrument, um die Wärmeversorgung vor Ort treibhausgasneutral und sozialverträglich umzubauen. Mit dem Bundesgesetz zur kommunalen Wärmeplanung und dem Ausführungsgesetz in Rheinland-Pfalz wurde ein rechtlicher Rahmen für flächendeckende Wärmepläne geschaffen. Diese Wärmepläne helfen dabei, lokale Potenziale für klimafreundliche Wärmeversorgung zu identifizieren und sektorenübergreifend zu entwickeln.	Mit dem „Heizungsgesetz“ des damaligen Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck sollte die gesamte Bevölkerung verpflichtet werden, ihre Energieversorgung ad hoc zu modernisieren. Dies stellte einen tiefen Eingriff in das Eigentumsrecht der Bürgerinnen und Bürger dar. Man kann eine moderne Energieversorgung aber nicht gegen die Menschen bewerkstelligen. Staatlich verordneter Zwang ist der falsche Weg. Leute, die neu bauen, werden sich schon aus wirtschaftlichen Erwägungen modern aufstellen, eine moderne Bauweise und auch eine effiziente Wärmeversorgung wählen. Da sind Beratungsangebote wichtig, die einmal natürlich die Heizungs- und Sanitärbranche selbst, insbesondere aber auch spezielle Energieberater gut und umfassend anbieten. Die Kommunen sind derzeit dabei,

Sektorkopplung von Strom und Wärme, insbesondere durch das Prosumer-Modell: Photovoltaik mit Speicher, Wärmepumpe und Elektromobilität ermöglichen eine weitgehend eigenständige, klimafreundliche Energieversorgung. Drittens setzen wir auf den Ausbau moderner Nahwärme- und Quartiersnetze sowie auf hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung, um Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Kommunale Anschluss- und Benutzungszwänge an Fernwärme können dabei ein sinnvolles Instrument sein, wenn sie auf einer transparenten kommunalen Planung beruhen, sozial abgefedert sind und den Bürgerinnen und Bürgern bezahlbare, klimafreundliche Alternativen bieten. Sie dürfen jedoch kein Selbstzweck sein, sondern müssen dem Gemeinwohl, dem Klimaschutz und der Akzeptanz vor Ort dienen.

Für uns GRÜNE bilden als wesentliche Bausteine einer zukunftsfähigen Wärmeversorgung folgende Elemente den Kern: der konsequente Ausbau erneuerbarer Wärmeherzeugung, insbesondere Wärmepumpen, Solarthermie und Biomasse dort, wo ökologisch vertretbar, sowie die Nutzung von Abwärme aus Industrieprozessen; die systematische Steigerung der Energieeffizienz in Bestandsgebäuden und im Neubau; eine kommunal verankerte Planung, die lokale Gegebenheiten berücksichtigt und Quartierslösungen ermöglicht; der Ausbau klimafreundlicher Nah- und Fernwärmenetze in Kombination mit dekarbonisierter Wärme sowie eine soziale Ausgestaltung, damit Energiearmut vermieden und Akzeptanz gestärkt wird. Insbesondere sehen wir vor dem Hintergrund der kommunalen Wärmeplanung die Gestaltung der Anschluss- und Nutzungsregelungen kritisch. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass diese Instrumente nicht zu unverhältnismäßigen Zwangsmaßnahmen für private Eigentümerinnen und Eigentümer führen. Die Entscheidung über den Anschluss soll vor Ort im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung transparent vorbereitet und in den kommunalen Räten getroffen werden, so dass sie den lokalen Gegebenheiten und sozialen Belangen gerecht wird. Wir unterstützen eine verbindliche Wärmeplanung, die kommunale Entscheidungshoheit wahrt und nicht einseitig auf Anschlusszwänge setzt, sondern Akzeptanz und passgenaue Lösungen vor Ort stärkt.

Wärmepläne aufzustellen. Die müssen die Bürgerinnen und Bürger erst einmal kennen. Für ältere Bauwerke und funktionierende Heizsysteme dauert eine Änderung länger. Hier darf niemand gezwungen werden, funktionierende Systeme auszutauschen. Das können viele auch finanziell gar nicht schultern. Außerdem brauchen Firmen Zeit, passende Technologien, mit denen eine schrittweise Modernisierung möglich gemacht wird, zu entwickeln und sie voranzubringen.

7. Gerade im ländlichen Raum sind viele Hausbesitzer auf Heizöl für die Wärmeerzeugung angewiesen. Vorteile sind die Möglichkeit der eigenen Bevorratung und die damit verbundene individuelle Versorgungssicherheit. Die Branche bemüht sich derzeit stark um den weiteren Einsatz erneuerbarer Flüssigbrennstoffe. Werden Sie den Einsatz solcher regenerativen Brennstoffe (etwa sog. „Grünes Heizöl“) politisch unterstützen oder im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung anerkennen?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Für die CDU Rheinland-Pfalz ist klar: Die Wärmewende muss praktikabel, sozial verträglich und technologieoffen gestaltet werden. Viele Hausbesitzer im ländlichen Raum sind weiterhin auf Heizöl angewiesen – nicht aus Bequemlichkeit, sondern weil Alternativen wie Fernwärme oder Gasnetze oft nicht verfügbar oder wirtschaftlich darstellbar sind. Aus Sicht der CDU Rheinland-Pfalz darf die kommunale Wärmeplanung deshalb nicht einseitig auf einzelne Technologien verengt werden. Wenn erneuerbare Flüssigbrennstoffe – etwa „Grünes Heizöl“ oder andere regenerative Beimischungen – nachweislich zur CO₂-Reduktion beitragen, sollen sie als Teil des Instrumentenkastens anerkannt und politisch berücksichtigt werden.	Die SPD Rheinland-Pfalz steht für eine sozialverträgliche Wärme- und Energiewende, die Klimaschutz mit Bezahlbarkeit verbindet und eine Teilhabe der Menschen an diesen beiden Prozessen sicherstellt. Uns ist bewusst, dass insbesondere im ländlichen Raum viele Haushalte weiterhin auf flüssige Brennstoffe angewiesen sind. Die dortigen Siedlungsstrukturen lassen sich nicht kurzfristig an Wärmenetze anbinden, und auch der vollständige Umstieg auf Wärmepumpen ist nicht überall sofort realisierbar. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bleiben deshalb zentrale Kriterien unserer Politik. Gleichzeitig ist unser langfristiges Ziel ist eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Erneuerbare flüssige Brennstoffe wie sogenanntes „grünes Heizöl“ können auf diesem Weg eine Übergangslösung	Wir GRÜNE befürworten grundsätzlich das Ziel, Emissionen im Wärmesektor zu reduzieren und innovative Technologien zu nutzen, die den Einstieg in eine klimafreundliche Wärmeversorgung erleichtern. Dabei ist es uns wichtig, dass Energieträger und Technologien, die unterstützt werden, nachweislich zur Treibhausgasreduzierung beitragen und in ein System mit erneuerbaren Energien und hoher Energieeffizienz eingebettet sind. Die kommunale Wärmeplanung ist für uns der maßgebliche Rahmen für die Auswahl geeigneter Wärmelösungen vor Ort. Vor diesem Hintergrund könnten wir uns eine Prüfung regenerativer Flüssigbrennstoffe wie sogenanntes „Grünes Heizöl“ nur unter den folgenden Voraussetzungen vorstellen: soweit sie nachweislich Treibhausgasemissionen reduzieren, einen klaren	Alle Heizsysteme müssen irgendwann modernisiert werden. Wenn der Zeitpunkt gekommen ist, macht es Sinn, sich möglichst modern aufzustellen. Dabei geht es nicht nur um die Verringerung von Kohlendioxid-Emissionen, sondern generell um effizienteres Bauen, Dämmen, Heizen und natürlich auch um die Frage, welche Energiequellen auf dem Markt – und in unserer Nähe – verfügbar sind und was sie kosten. Die Energiebranche ist derzeit in einem gewaltigen Umbruch. Es gibt eine Reihe von hervorragenden, innovativen Möglichkeiten der Energieversorgung. Viele sind noch teuer oder nicht ausreichend verfügbar. Aber in vielen Bereichen sind moderne Systeme bereits gut im Alltag von Firmen, Unternehmen, aber auch von Privatleuten etabliert. Der Schlüssel ist, dass die

Wir setzen uns dafür ein, dass Innovationen im Bereich erneuerbarer Brennstoffe faire Rahmenbedingungen erhalten. Dazu gehört auch, dass bestehende Heizsysteme perspektivisch weiterentwickelt und klimafreundlicher betrieben werden können, statt funktionierende Anlagen vorschnell zu ersetzen. Das schafft Planungssicherheit für Eigentümer und verhindert wirtschaftliche Belastungen. Ziel bleibt zugleich die Reduktion von Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor. Dieses Ziel erreichen wir jedoch am besten durch einen breiten Technologiemix, der regionale Gegebenheiten berücksichtigt – von Wärmepumpen über Nah- und Fernwärme bis hin zu erneuerbaren flüssigen Energieträgern. Klimaschutz und Versorgungssicherheit dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden.	darstellen, vor allem dort, wo andere erneuerbare Optionen derzeit noch nicht verfügbar oder wirtschaftlich nicht darstellbar sind. Solche Brennstoffe können helfen, bestehende Heizungsanlagen schrittweise klimafreundlicher zu machen, ohne Eigentümerinnen und Eigentümer zu überfordern. Im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung können diese Lösungen daher berücksichtigt werden, wenn sie nachweislich zur CO₂-Minderung beitragen und perspektivisch mit einer weiteren Umstellung auf erneuerbare Energien vereinbar sind. Sie ersetzen jedoch nicht den notwendigen Ausbau von Nah- und Quartiersnetzen, die stärkere Nutzung von Strom aus erneuerbaren Quellen sowie die Sektorkopplung. Unser Ansatz ist technologieoffen, aber klar auf Klimaneutralität ausgerichtet, mit praktikablen Übergängen, gerade für den ländlichen Raum.	Nachhaltigkeitsnachweis erbringen; sie sinnvoll in langfristige, klimaneutrale Wärmeversorgungskonzepte eingebettet sind; sie nicht bestehende, effizientere regenerative Lösungen wie Wärmepumpen oder Nah- und Fernwärme verdrängen und, sie positiv auf die Versorgungssicherheit und soziale Aspekte wirken. Insgesamt bekräftigen wir GRÜNE unsere Haltung, dass die Wärmewende vor allem durch den Ausbau erneuerbarer Energien, durch Energieeffizienz und durch sozial gerechte, lokal abgestimmte Wärmeplanung gelingen wird.	Bedingungen für Produktion und Transport verbessert werden. Dann können die Produkte günstiger angeboten werden und finden größere Akzeptanz. Diese Prozesse sollten idealerweise auch deutlich beschleunigt werden, dann ist eine frühere Zielerreichung möglich. Aber zuerst sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, bevor utopische Zwangs-Zieldaten in die Welt gesetzt und die Bevölkerung verunsichert wird.
--	---	---	--

Schmierstoff

8. Hochentwickelte Schmierstoffe sind für die Umwandlung kinetischer Energie in elektrische Energie (und umgekehrt) in Maschinen und Motoren unerlässlich und damit eine fundamentale Grundlage für die Defossilisierung der Gesellschaft. Wie ordnen Sie den Stellenwert von Schmierstoffen ein und bewerten die gesteigerte Energieeffizienz?			
CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Schmierstoffe leisten ohne Frage einen wichtigen Beitrag zur Funktionsfähigkeit moderner Maschinen und Anlagen. Ihr hervorgehobener Stellenwert ergibt sich dabei aus ihrer Rolle als Querschnittstechnologie, die in Industrie, Mobilität und Energieerzeugung gleichermaßen Wirkung entfaltet. Aus Sicht der CDU Rheinland-Pfalz ist entscheidend, dass technologische Verbesserungen – etwa bei Schmierstoffen – schrittweise Effizienzgewinne ermöglichen. Eine gesteigerte Energieeffizienz hilft, Ressourcen zu schonen, Emissionen zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts zu sichern. Das gilt sowohl für bestehende Systeme als auch für neue Anwendungen, etwa im Bereich der Elektromobilität oder der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig ist es wichtig, den Beitrag solcher Technologien realistisch	Schmierstoffe sind aus unserer Sicht ein oft unterschätzter, aber zentraler Baustein für eine erfolgreiche Energie- und Industriewende. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, damit Maschinen, Motoren und Anlagen effizient, langlebig und zuverlässig arbeiten können. Auch bei der Produktion von erneuerbarer Energie oder der Elektromobilität spielen Schmierstoffe eine wichtige Rolle. Ferner sind leistungsfähige Schmierstoffe für den Industriestandort Rheinland-Pfalz unentbehrlich. Wir sehen deshalb in der Weiterentwicklung innovativer, möglichst nachhaltiger Schmierstoffe, z.B. auf biogener oder synthetischer Basis, ein wichtiges Zukunftsfeld. Effizienzgewinne durch solche Technologien unterstützen unsere Ziele einer klimaneutralen	Schmierstoffe besitzen eine unterstützende Rolle in Alltag. Sie senken Reibungsverluste, erhöhen Energieeffizienz von Maschinen. Insbesondere biobasierte Schmierstoffe sind aus nachhaltiger Sicht relevant. Sie können fossile Rohstoffe ersetzen, sind besser biologisch abbaubar und reduzieren Umweltbelastungen. Effizienzgewinn und der Einsatz biobasierter Alternativen sind sinnvolle Bausteine auf den Weg zu einer ressourcenschonenden Wirtschaft.	Hochentwickelte Schmierstoffe sind in den Bereichen Mobilität, Industrie sowie bei Produkten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie von essentieller Bedeutung. Solange diese Schmierstoffe noch nicht bio-basiert erzeugt werden können, sind sie unabdingbar für Antriebe, Maschinen etc. und werden auch für die Prozesse der Defossilisierung benötigt.

einzuordnen. Schmierstoffe allein sind kein Klimaschutzinstrument, können aber im Zusammenspiel mit moderner Antriebstechnik, intelligentem Maschinenbau und effizienteren Prozessen einen unterstützenden Effekt entfalten. Das entspricht auch unserem Ansatz: Klimaschutz durch Innovation und Technologieoffenheit, nicht durch ideologische Festlegungen. Welche Lösungen sich langfristig durchsetzen, sollte nicht politisch vorgegeben, sondern durch Forschung, Markt und Praxistauglichkeit entschieden werden. Hochentwickelte Schmierstoffe sind ein Beispiel dafür, wie inkrementelle technische Fortschritte einen Beitrag zur Energieeffizienz leisten können – eingebettet in einen breiteren, ausgewogenen Transformationsprozess, der Ökologie, Ökonomie und soziale Verantwortung zusammenführt.

Energieversorgung, einer starken Industrie und einer sozialverträglichen Transformation.